

1 Antrag für die Juso-UBK am 28.08.2010

2 Antragssteller: Stephan Bramorski

3

4

5 **Urwahlen abhalten! Legitimation schaffen!**

6

7 **Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen und als Antrag in den Parteitag des SPD**

8 **Unterbezirks Oberhausen einbringen:**

9 Der Parteitag möge beschließen, dass die SPD und die SPD-Ratsfraktion Oberhausen sich mit voller
10 Kraft für eine Urwahl in Form einer Jugendlichenbefragung einsetzen, die den Meinungsstand zur
11 Einführung des im Koalitionsvertrag mit der Grünen Ratsfraktion erwähnten Jugendparlamentes in
12 Oberhausen erhebt. In dieser Urwahl sollen die Jugendlichen über ein oder mehrere Konzepte für
13 ein Jugendparlament bestimmen können oder alle Konzepte ablehnen. Für diese Urwahl ist ein
14 Quorum von mindesten 50 % der Wahlberechtigten Jugendlichen erforderlich. Ist das Quorum
15 nicht erreicht, ist für die Politik hinzunehmen, dass die Jugendlichen kein Jugendparlament wollen.

16

17

18 **Begründung:**

19 Es gibt eine Angst bei der Einrichtung eines Jugendparlaments. Diese äußert sich in zwei Fragen.

20 Sind die (in der veröffentlichten Meinung dargestellten) auch so unpolitischen Jugendlichen
21 an einem Jugendparlament interessiert?

22 Ist ein JuPa, ohne die Jugendlichen vorher zu fragen, überhaupt legitim?

23 Wie Parlamente für Gruppen aussehen, wenn sich die bestimmte Gruppe nicht dafür interessiert
24 oder diese nicht haben möchte (unabhängig der Arbeit die von den beteiligten geleistet wird) ist
25 sehr anschaulich an den Studierendenparlamenten zu sehen. Bei den Wahlen zum
26 Studierendenparlament in Duisburg im Juli 2010 haben gerade mal 13,58% der Studierendenschaft
27 ihre Stimme abgegeben. An der Uni Dortmund waren es 9,3% der Wahlberechtigten. Das sich die
28 im Bundestag vertretenden Parteien wenig um die niedrige Wahlbeteiligung und das fehlende
29 Demokratieverständnis kümmern zeigen regelmäßig die Europaparlamentswahlen mit weniger als
30 50% Wahlbeteiligung (1999: 49,8%/ 2004: 45,6%/ 2009: 43,0%). Europawahlen werden als
31 Testwahlen und Stimmungsanalysen genutzt.

32 Solchen Tendenzen wollen wir von Anfang an entgegentreten. Wenn sich bei einer Urwahl
33 herausstellt, dass weniger als die Hälfte der wahlberechtigten Jugendlichen ein solches Parlament
34 nicht wollen, dann soll es nicht eingerichtet werden.

35 Unabhängig der Wahlbeteiligung könnten sich die Wahlberechtigten für ein Konzept oder gegen
36 alle Konzepte entscheiden oder sich enthalten. Wenn sich für ein Parlament entschieden wird, hat
37 es die notwendige Legitimation der Wahlberechtigten und nicht die hinkende Legitimation eines
38 Arbeitskreises der Stadt oder politischer Vereinigungen. Ein anerkanntes Parlament steht auf dem
39 Fundament der Zustimmung der Wahlberechtigten!

40 Wir Sozialdemokraten und Jungsozialisten haben die Gleichberechtigten Grundwerte Freiheit,
41 Gerechtigkeit und Solidarität. Lassen wir den Jugendlichen die **Freiheit** über eine Vertretung ihrer
42 Interessen selbst zu entscheiden!